

7 Fragestunde

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Wir kommen jetzt zur Fragestunde, es ist 12.18 Uhr.

Beginn Fragestunde: 12.18 Uhr.

7.1 Frage 1: Verwendung Sportfördermittel (GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) Schlüsselberger, MBA an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)

GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) **Schlüsselberger**:

Liebe Stadtregierung, lieber Gemeinderat, liebe Zuhörer und Zuhörerinnen. Wir starten heute relativ sportlich, und das, glaube ich, wird dich, Kurt, freuen, in den Gemeinderat mit meiner ersten Frage. Sport ist wichtig, ich glaube, da stimmen wir alle halbwegs überein. Sport ist aber auch vielseitig und es gibt verschiedene Facetten des Sportes, die werden auch sehr, ich sage einmal, gut aufgearbeitet in der Sportstrategie in der Stadt Graz vom 7. November gezeigt und dort wird auch differenziert im Sport. Grundsätzlich gut, es gibt Sportinfrastruktur, es gibt Veranstaltungen, Management und Image- und PR-Arbeit, aber es gibt auch eine Differenzierung zwischen dem Breitensport, der eigentlich auch gesundheitsfördernder Sport ist. Also da geht es darum, nicht Spitzenleistungen zu bringen, bei Bewerben im großen Umfang teilzunehmen, sondern es geht darum, Jung, Alt, Klein, Groß, woher auch immer, dazu zu bringen, sich zu bewegen, Freude daran zu haben und dadurch ein Stückchen gesünder zu leben. Und dann gibt es den Leistungs- und Spitzensport, ich glaube, dir, Kurt, brauche ich das nicht zu erklären, du wirst das vermutlich noch besser wissen. Was mich interessiert, und dahingehend habe ich auch meine heutige Frage gerichtet, es gibt Förderungen seitens des Sportamtes, dort werden Vereinen, den einzelnen Spitzensportlerinnen und -sportlern unterschiedliche Personenförderungen

ermöglicht, was gut, wichtig und richtig ist. Mich würde jetzt aber interessieren, wie denn die Aufteilung der Fördermittel ist und wie viel in dem Bereich jetzt in den Spitzensport, nach Definition der Sportstrategie, und wie viel genau in den Breitensport fließt bzw. ob man das überhaupt so differenziert betrachten kann, wie die Überschneidungsmaterie ist und was es dazu zu berichten gibt.

Originaltext der Frage:

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich an dich die

Frage:

Wie sieht die Aufteilung der Fördermittel des Sportamtes in Bezug auf den Breitensport und den Spitzensport aus?

StR Hohensinner:

Danke, liebe Frau Gemeinderätin, für die Frage, sie gibt mir die Möglichkeit, vor allem den neuen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten hier einen Überblick zu geben. Wir haben nämlich in Graz eine sehr gut aufgestellte und vor allem transparente Sportförderung, und das kann ich sehr wohl gut aufgliedern und das werde ich jetzt auch gerne machen. Über das Sportamt fördern wir vor allem Kinder- und Jugendsport im außerschulischen Bereich sowie den Leistungssport, aber nicht im professionellen Bereich, und darüber hinaus fördern wir auch Leistungssportzentren und Ballsportakademien des Landes, die in Graz beheimatet sind. Darüber hinaus gibt es auch die Ausrichtung, dass wir Bezirkssportplätze bauen, ausbauen und erhalten. Insgesamt haben wir 38 Bezirkssportplätze, die umfassen 130.000 m², und wir haben auch eine Laufstrecke, nicht nur eine, sondern zehn an der Zahl, mit 180 Kilometer. Eine weitere wesentliche Aufgabe, und ich glaube, da haben wir alle schon einmal profitiert, sind die Feriensportkurse. Die finden in den Osterferien, in den

Sommerferien und in den Herbstferien statt und da können 5.000 Kinder jährlich 50 unterschiedliche Sportarten kennenlernen, mein Sohn wird auch erstmals heuer mit dabei sein, also das ist, glaube ich, eine unheimlich wertvolle Förderung des Sportamtes. Darüber hinaus haben wir auch über das Sportamt Busse, die wir bereitstellen. Weil Sie können sich vorstellen, es gibt Vereinssportarten, wo man dann auch gegen andere Vereine aus anderen Städten spielt, und da ist das gar nicht so einfach, dass man in der Steiermark herumkommt bzw. sogar österreichweit herumfährt, und das unterstützen wir mit Bussen. Und es gibt natürlich dann auch die Laufveranstaltungen, ich sehe ja immer wieder einige Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, die mitlaufen, und diese Veranstaltungen fördern wir wie auch den Tag des Sports. Der findet alle zwei Jahre statt, also insgesamt, und jetzt komme ich zur Beantwortung deiner Frage, stehen uns 3,8 Mio. Euro Subventionsbudget zur Verfügung. Und ich kann das jetzt noch einmal aufschlüsseln, weil mir ist vor allem der Mädchensport sehr wichtig; wir fördern 4.199 Mädchen, 6.250 Burschen, und die Förderung erfolgt entweder über die Mannschafts- oder Teamförderungen, wenn wir das auch gendern wollen, das Team bekommt da 1.300 Euro. Oder es gibt die Förderung pro Mitglied, da bekommt jedes Mitglied oder Verein für jedes Mitglied 110 Euro. Und wir versuchen, den Mädchensport auch zu fördern. Da hat der Thomas Rajakovics, der auch hinten sitzt, sei begrüßt, hat da einige Initiativen in den letzten Jahren gestartet wie „Sportstadt sind wir großer Töchter“, wo wir es geschafft haben, dass wir wirklich die Anzahl der Mädchen in unseren Jugendsportvereinen wirklich ordentlich steigern konnten, vielleicht einen Applaus für den Thomas für diese Initiative (*Appl.*).

Und es gibt auch die Förderung in den Spitzensport, also nicht in den Profisport, in den Spitzensport. Das sind 550.000 Euro, davon 300.000 Euro in die Bundesligateams von UBSC, UBI, HIB, UVC, HSG, Catchup Ultimate Frisbee, UHK und DEC Devils. Die Profisportvereine Sturm, 99ers und GAK bekommen keine Förderung aus diesem Titel, und es sind rund 250.000 Euro für die Sportakademie in der HIB Liebenau, zwölf Landesleistungszentren und das Nachwuchszentrum im BORG

Monsbergergasse. Ich hoffe, dass ich das jetzt wirklich im Detail für dich aufschlüsseln konnte (*Appl.*).

GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) **Schlüsselberger:**

Vielen liebe Dank für diese Aufschlüsselungen, auch geschlechterspezifisch ist es natürlich auch immer eine interessante Frage. Was mich jetzt aber noch weiter interessieren würde, jetzt gehen 3,8 Mio. Euro an Subventionen in diverse Vereine. Ich glaube, im Expertinnen- und Expertenbereich sind wir uns alle einig, dass Vereine gut, wichtig und richtig sind, dass es auch vor allem budgetäre Maßnahmen für gute Trainerinnen und Trainer braucht. Aber das ist ein ganz, ganz wichtiger Hebel, und daraufhin haben auch schon viele Initiativen, Bund, Land und auch Kommunen, abgezielt, im Bereich des Schulsports, denn dort holt man eigentlich die Kinder ab und bekommt sie überhaupt zu den Vereinen. Meine Zusatzfrage dahingehend, diese 3,8 Mio. Euro an Subventionen besteht da die Möglichkeit, dass man die fokussmäßig gemeinsam mit den Vereinen Richtung Schulsport, Richtung Abholen der Kinder im schulischen Bereich, im Betreuungsbereich, fokussiert einsetzt bzw. besteht die Möglichkeit, ein Konzept anzusetzen, sich mit diversen Vereinen sich zu überlegen, wie wir die Vereine an den Schulen bekommen? Weil erst wenn die Kinder von den diversen Vereinen wissen, wenn die Eltern wissen, wie der Ablauf ist, und wenn man diese ganzen Stakeholder zusammenbringt, werden auch die Nachwuchsprobleme, die definitiv in allen Vereinen herrschen, auch leichter gelöst werden.

StR **Hohensinner:**

Also eigentlich fordert ihr immer Sachen, die extrem zu begrüßen sind, und wir strecken uns nach der Decke, versuchen, Kooperationen auch mit der ABI zu schließen, dass wir auch im Rahmen der Möglichkeiten Schulsportinitiativen unterstützen. Aber wir haben gerade durch das Jahr „Let's Go! Graz“ haben wir genau diese Sachen versucht, dass wir den Breitensport querdenken, nicht nur im Sportamt, sondern

Richtung Senioren, Richtung Bildung, und ja, wir haben im Stadtsenat ein Konzept vorgelegt und nein, ihr habt uns leider diesbezüglich kein Budget eingestellt. Und ja, ich bin bereit, ein Konzept noch einmal auszuarbeiten, Frau Kollegin, aber dann bitte müsst ihr auch dem Sport diesen wichtigen Stellenwert einräumen. Das ist meine Bitte, ich wäre sofort bereit, aber man kann nicht die Gelddruckmaschine im Sportamt anwerfen, man braucht auch die notwendigen Ressourcen (*Appl.*).

GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) **Schlüsselberger:**

Dankeschön. Ich freue mich, dass es Konzepte gibt, ich möchte nur hier ...

Zwischenruf GR Ing. Lohr: Das ist jetzt die dritte Frage.

GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) **Schlüsselberger:**

... ich bedanke mich gerade. Ich glaube, höflichkeitshalber sei es mir zugestanden.

7.2 Frage 2: Energie sparen: Digitale Thermostate für Gemeindewohnungen (GR Mag. Pointner, Neos an Bgm.ⁱⁿ Kahr, KPÖ i.V. StR Eber, KPÖ)

GR Mag. **Pointner:**

Sehr geehrter Frau Bürgermeisterin-Stellvertreterin, hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren an den Geräten, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher, sehr geehrter Herr Stadtrat. Ein herzliches Dankeschön, dass Sie sich bereit erklären einzuspringen. Ich glaube, das ist ein wichtiges Thema, weil es sich um Energiesparen in einer Krisensituation dreht. Wie wir alle wissen, befinden wir uns in einer Situation in Europa, wo ein Angriffskrieg herrscht, und die Motivation dieses Krieges ist in einer

Gemengelage stalinistisch, faschistoid und imperialistisch, und so angelegt, dass es sich nicht dadurch vor dem Herbst oder Winter vorbei sein wird. Das Ganze ist eine Aktion, die viel weiter reicht. Daher, und das wissen Sie ja alle, wissen wir genau, dass wir im Winter vor einer sehr schwierigen Situation stehen werden. Im März schon hat sich die Haushaltsenergie um 42 % im Vergleich zum Vorjahr verteuert, heute spricht der deutsche Minister Habeck davon, dass wir im Winter vielleicht auf vierstellige Kostensteigerungen zusteuern, wenn das so weitergeht. Es wird Gas als Waffe eingesetzt, es wird Energie als Waffe eingesetzt, es wurde heute oder gestern ein Schwarzmeerölhafen gesperrt, das für Österreich so wichtige Öl aus Kasachstan, das ankommen soll, wird es wohl nicht und wir wissen alle nicht, ob das Gas ab dem 11. Juli überhaupt wieder fließen wird. Daher müssen wir uns bitte auch in Graz, und das tun wir sicher auch und tut die Stadtregierung sicher auch, Gedanken machen, wie wir durch den Winter kommen und da ist Sparen angesagt. Und dahingehend habe ich erinnert, auf das richtet sich jetzt meine Frage, und zwar spezifisch auf den Wohnbereich, wo man eigentlich schnell und leicht zu erhebendes Sparpotenzial hat. Bis jetzt werden Thermostate, diese kleinen an den Heizungen in den Gemeindewohnungen, nicht digitalisiert, und hier kann man Sparpotenziale erheben, und zwar von 10 % der Energie, die für die Heizleistung notwendig ist, und daher meine

Frage

an die Vertretung der Frau Bürgermeisterin:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass alle Grazer Gemeindewohnungen einschließlich Übertragungswohnungen noch vor der kommenden Heizperiode mit digitalen Thermostaten ausgestattet werden, um damit Heizenergie einzusparen und gleichzeitig das Geldbörserl der Mieterinnen und Mietern zu entlasten?

Originaltext der Frage:

Europa befindet sich ob des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine in einer Energiekrise und Österreich ist aufgrund des jahrelangen, kollektiven Versagens der österreichischen Energiepolitik in einer besonders prekären Lage. Trotz deutlicher Warnsignale, wie etwa der völkerrechtswidrigen Besetzung der Krim, wurde im letzten Jahrzehnt nichts unternommen, um die Abhängigkeit von russischen Gasimporten zu reduzieren. Ganz im Gegenteil, diese wurde sogar ausgebaut. Bei einem immer wahrscheinlicher werdenden Stopp der Gasversorgung aus Russland - etwa bei einer weiteren Eskalation der Sanktionen oder als Folge eines Infrastrukturschadens im Zuge der Kampfhandlungen - wären drastische Lenkungsmaßnahmen notwendig. Die österreichische Wirtschaft wäre gezwungen, ihren Betrieb deutlich zu reduzieren. Kurzfristige Alternativen für Gasimporte in nennenswerten Mengen gibt es keine, weil unsere Gasinfrastruktur bewusst jahrelang ausschließlich auf Russland ausgerichtet worden ist.

Wie angespannt die Lage auf den Energiemärkten ist, bekommen derzeit auch die Verbraucher:innen zu spüren. Die Haushaltsenergie hat sich im März im Vergleich zum Vorjahr um 42,4 % verteuert – ein Rekordwert, wie die Österreichische Energieagentur mitteilt. Das betrifft natürlich auch die Grazerinnen und Grazer, die sich berechtigt Sorgen machen, ob sie im kommenden Winter genügend Energie zum Heizen ihrer Wohnungen bekommen werden bzw. ob sie die Rechnung dafür überhaupt bezahlen können.

Letzte Woche wurden zwar in einer gemeinsamen Pressekonferenz von Stadt Graz, Holding Graz, Energie Graz und Energie Steiermark innovative Projekte zur Dekarbonisierung der Fernwärme präsentiert, doch dauert deren Umsetzung einige Jahre. Wie die Grazerinnen und Grazer den kommenden Winter überstehen sollen, wenn Europa und damit auch Österreich der Gashahn abgedreht wird, blieb bei der Pressekonferenz unbeantwortet. Wozu man aber in europäischen Städten gezwungen

werden könnte, wurde vor einigen Tagen von Hamburg als unausweichliche Maßnahme skizziert:

Laut Hamburger Umweltsenator könnte Warmwasser im Falle des Falles nur mehr zu bestimmten Tageszeiten bzw. nur mehr an bestimmten Tagen verfügbar sein.

Es ist unabdingbar, dass sich die Grazer Stadtregierung mit diesen Worst-Case-Szenarien auseinandersetzt und bereits jetzt Maßnahmen trifft, um Energie zu sparen! Gerade im Wohnbereich der Stadt Graz gibt es schnelles und einfach zu hebendes Sparpotenzial. Während viele Mieterinnen und Mieter die gewünschte Raumtemperatur derzeit noch per Hand einstellen, könnten programmierbare Thermostate deutlich effizienter die Temperatur in den eigenen vier Wänden regeln. Die Umrüstung auf digitale Thermostate wäre demnach eine kostengünstige und einfache Maßnahme, um den Energieverbrauch bereits im kommenden Winter zu senken.

Mit einer Umstellung auf smarte digitale Thermostate könnte die Stadt Graz ihren Energieverbrauch hinsichtlich der 4.500 Gemeindewohnungen und 7.000 Übertragungswohnungen nachhaltig senken und damit den Mieterinnen und Mietern helfen, Energie und Geld zu sparen. Das durchschnittlichen Einsparpotenzial liegt bei etwa 65 Euro (250 Kilogramm CO₂) für eine Wohnung (1), bzw. energetisch gesehen bei 10% der Heizleistung.

Daher stelle ich gemäß § 16 a der Geschäftsordnung für den Gemeinderat folgende

Frage:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass alle Grazer Gemeindewohnungen einschließlich Übertragungswohnungen noch vor der kommenden Heizperiode mit digitalen

Thermostaten ausgestattet werden, um damit Heizenergie einzusparen und gleichzeitig das Geldbörserl der Mieterinnen und Mietern zu entlasten?

StR Eber:

Danke, Herr Gemeinderat, für die Frage. In Vertretung der Frau Bürgermeisterin darf ich Folgendes antworten: Richtig ist zunächst einmal natürlich, wie Sie selbst gesagt haben, dass man durch den Einsatz von Heizkörperthermostaten ein durchschnittlicher Haushalt rund 10 % der Heizenergie sparen kann. Das entspricht z.B. bei einer 110 m² Wohnfläche 450 Kilo CO₂ oder in Euro ausgedrückt, rund 135 Euro pro Jahr. Aber natürlich kommt das immer auch auf das Nutzungsverhalten an, weil es nutzen die besten Thermostate nichts, wenn ich das Fenster immer offen habe, sage ich jetzt einmal vereinfacht. Von den 4.350 stadteigenen Gemeindewohnungen würden sich rund 3.500 Wohnungen dafür eignen. Wenn man davon ausgeht, dass man im Durchschnitt 4 Thermostate pro Wohnung benötigen würde, bedeutet das Anschaffungskosten in Höhe von rund 700.000 Euro. Die rund 14.000 digitalen Thermostate ohne gegenseitige Schnittstellen sind natürlich sehr wartungsanfällig und werden mittels Batterie betrieben. Daraus ergibt sich auch ein sehr hoher Wartungsaufwand. Zu bedenken ist auch, dass die Stadt beim Einbau auf die Zustimmung der Mieterinnen und Mieter angewiesen ist, woraus sich auch ein hoher administrativer Aufwand ergibt. Bei den stadteigenen Gemeindewohnungen ist eine Umsetzung jedenfalls bei zukünftigen Neubauten, bei Brauchbarmachungen und natürlich auch bei Erneuerung der Heizungsinstallationen möglich. Nicht möglich hingegen ist eine Vorgabe seitens der Stadt für Übertragungswohnungen, da sind eben die jeweiligen Genossenschaften selbst dafür zuständig (*Appl.*).

GR Mag. **Pointner**:

Ich werde auf die Zusatzfrage aus Fairnessgründen verzichten und bedanke mich für die Beantwortung. Ich möchte schon sagen, natürlich würde das etwas kosten, aber es ginge mir darum eben, dass man Bedürftigen erstens unter die Arme greift und zweitens, noch etwas, wie Sie es auch angesprochen haben, noch dazu etwas für die Energiebilanz tut, da lohnt sich vielleicht doch das Investment. Gestatten Sie mir bitte dieses Statement statt der Frage.

**7.3 Frage 3: Nichtgenehmigung des Wirtschaftsplans 2023 der Holding Graz durch Aufsichtsrat
(CO GRⁱⁿ Gmeinbauer, ÖVP an StR Eber, KPÖ)**

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer**:

Sehr geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucher auf der Galerie und liebe Zuhörer:innen. Meine Frage an den Herrn Finanzstadtrat Eber bezieht sich darauf, dass die jetzige Regierungskoalition, wie bekannt, im Gemeinderat am 23. Juni, nämlich zum Budgetgemeinderat, ein Budget beschlossen hat, wie von dir empfohlen, lieber Herr Finanzstadtrat, wo aus unserer Sicht die Bedeckung des Verkehrsfinanzierungsvertrags zur Holding bzw. ein Zuschuss an die Holding fehlt. Die Holding Graz wird vielmehr daraufhin angewiesen, Verkehrsdefizite aus Rücklagen zu bedecken, ohne dass es zu einem Ausgleich durch einen Zuschuss kommt. Die Folgen daraus sind von uns bzw. von unserem ehemaligen Finanzstadtrat und jetzigen Wirtschaftsstadtrat Günter Riegler genauestens erklärt worden, indem nämlich das Eigenkapital der Holding Graz um zumindest 80 Mio. Euro geschmälert wird, zum anderen muss im Jahr 2023 der Beteiligungsansatz der Stadt Graz in der Holding Graz um 93 Mio. Euro abgewertet werden. Auf die rechtlich tönernen Füße dieser Vorgehensweise und die geschönten Budgetzahlen 2022 hat, wie schon von mir erwähnt, der Herr Wirtschaftsstadtrat Günter Riegler bereits im Vorfeld und während des Budgetgemeinderates hingewiesen und empfohlen, im Zuge des

Budgetbeschlusses auch einen Zuschuss zur Beschlussfassung vorzulegen, was du verneint hast. Auch im Online-Bericht der Kleinen Zeitung am 1. Juli hat nun auch der Aufsichtsrat der Holding Graz seine Zustimmung gegenüber dem Wirtschaftsplan der Holding teilweise verneint, während der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 30. Juni zwar das Holdingbudget für 2022 genehmigte, lehnte er jenes für 2023 ab und fordert, unverzüglich eine Wiederherstellung einer angemessenen Eigenkapitalausstattung herbeizuführen und für entsprechende Beschlüsse zu sorgen, insbesondere um nicht den Tatbestand einer verdeckten Einlagenrückgewähr laut § 82 des GmbH-Gesetzes herbeizuführen. In deiner Reaktion gegenüber der Kleinen Zeitung am 1. Juli sagtest du, zumindest stand es so in der Zeitung geschrieben, dass du ohnedies ständig in Gesprächen mit dem Vorstand wärst und gerade überlegst, wie die Eigenkapitalquote abgestützt werden könne, damit sie nicht unter 20 % sinkt. Zeit gäbe es dafür noch genug, und nach dem Beschluss des Doppelbudgets würdest du eine Lösung für den Herbst herbeiführen. Durch dein Zögern ergibt sich nun ein zu hinterfragender rechtlicher Schwebezustand: Die Stadt Graz hat ein Budget ohne Verkehrsfinanzierung, die Holding Graz einen Wirtschaftsplan, der mit Hinblick auf die Einlagenrückgewährproblematik rechtlich angreifbar ist. Daher stelle ich die

Frage

an dich:

Lieber Herr Finanzstadtrat, hast du, was wir annehmen und hoffen, ein rechtliches Gutachten von führenden Expert:innen eingeholt, das klar die rechtliche Problematik der Einlagenrückgewähr sowie die daraus folgenden Risiken aufzeigt. Und falls dies der Fall ist, beabsichtigst du, daraus unverzüglich Konsequenzen in Form einer Korrektur des Budgetansatzes sowie eine Zuschussgewährung zur Beschlussfassung vorzulegen (Appl.)?

Originaltext der Frage:

Im Hinblick auf die in Budgetgemeinderatssitzung vom 23.6.2022 aufgezeigten Problemstellungen zum Verkehrsfinanzierungsvertrag und das Abstimmungsverhalten des Aufsichtsrates der Holding Graz GmbH zum Wirtschaftsplan 2023 am 30.6.2022 stelle ich an Sie sehr geehrter Herr Finanz-stadtrat Manfred Eber die

Frage:

Haben Sie, was wir annehmen und hoffen, ein rechtliches Gutachten von führenden Expert:innen eingeholt, das klar die rechtliche Problematik der Einlagenrückgewähr sowie die daraus folgenden Risiken aufzeigt. Und falls dies der Fall ist, beabsichtigen Sie, daraus unverzüglich Konsequenzen in Form einer Korrektur des Budgetansatzes sowie eine Zuschussgewährung zur Beschlussfassung vorzulegen?

StR Eber:

Danke, Frau Klubobfrau, liebe Daniela Gmeinbauer, ich darf auf die Frage wie folgt antworten: Zunächst einmal ist natürlich der Aufsichtsrat der Holding für seine Tätigkeit, insbesondere natürlich auch für sein Abstimmungsverhalten, alleine verantwortlich, und das heißt, es gibt hier keine rechtlichen Überschneidungen oder gar Einflussmöglichkeiten der Stadt Graz. Was die Problematik der Einlagenrückgewähr anbelangt, ist es so, dass von der Holding ein Gutachten eingeholt wurde, weshalb wir in der Stadt kein eigenes Gutachten beauftragt haben. Das Ergebnis dieses Gutachtens, eben von der Holding eingeholt, ist aber deshalb nicht zutreffend, weil tatsächlich kein Fall der Einlagenrückgewähr vorliegt. Eine Einlagenrückgewähr setzt voraus, dass die Gesellschaft, also die Holding Graz in diesem Fall, gegenüber einem Gesellschafter der Stadt Graz auf ihr zustehende Forderungen verzichtet und deshalb dem Gesellschafter ein Vorteil entstehen würde. Dieser Fall liegt hier nicht vor. Nach dem Verkehrsfinanzierungsvertrag und dem Ergebnisabführungsvertrag hat die Gesellschafterin Stadt Graz der Holding nur jenen Abgang, jenen Jahresverlust

auszugleichen, der nach Rücklagenbewegung entsteht bzw. entstanden ist. Wenn also ein Verlust durch Rücklagenbewegungen ausgeglichen werden kann, hat die Stadt Graz nach den Verträgen den Jahresverlust der Holding Graz nicht zu übernehmen. Weitere Voraussetzung für die Übernahme des Jahresverlusts durch die Stadt Graz ist der geprüfte Einzelabschluss der Holding Graz, der noch nicht vorliegt. Aus den Planungen war jedenfalls ersichtlich, dass die Holding den zu erwartenden Jahresverlust aus Rücklagen jedenfalls für die Jahre 2022 und 2023 decken kann, ohne dass die Gesellschaft in ihrem Bestand gefährdet ist, und das ist natürlich sowieso unser gemeinsamer Wunsch und unsere Aufgabe, diesen Bestand nicht zu gefährden. Die Ausführungen im von der Holding beauftragten Gutachten zur Bestandsgefährdung gehen davon aus, dass sich die Eigenmittelquote der Holding im Jahr 2026 auf unter 3 % reduziert, allerdings muss man da auch dazusagen, das ohne GUF, die wir aber miteinrechnen. Dieses Gutachten bezieht mithin aber vor allem auf einen Zeitraum, der weit nach dem Doppelbudget liegt, und sogar nach Auslaufen des Verkehrsfinanzierungsvertrages liegt also der ja mit 2025 oder 2026 dann erneuert werden muss. Es ist aber selbstverständlich, dass die Stadt Graz gegenüber der Holding die vertraglichen Verpflichtungen aus dem Verkehrsfinanzierungsvertrag erfüllen wird, wenn diese Verpflichtungen fällig sind. Selbstverständlich wird die Stadt Graz auch keine Weisungen an die Holding erteilen, die einen gesellschaftsrechtlich unzulässigen Verzicht der Gesellschaft gegenüber ihrer Gesellschafterin, der Stadt Graz, bedeuten würde. Zusammenfassend noch einmal, die hervorragende, möchte ich sagen, hausinterne Expertise hat aus den oben dargestellten Gründen keine Veranlassung gesehen, den Budgetansatz zu ändern, und diese hausinterne Expertise wurde auch von namhaften Experten geprüft und für gut und richtig befunden, und deswegen wurde dieser Weg eingeschlagen und wird dieser Budgetansatz nicht verändert werden (*Appl.*).

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Dankeschön für diese juristische Erklärung. Dann versuche ich es noch einmal anders. Bist du bereit, lieber Herr Finanzstadtrat, im Herbst, wie von dir angekündigt in der Kleinen Zeitung, eine Budgetkorrektur für die Holding zu erwirken? Wie wir wissen, werden wir heute im Gemeinderat auf unserer Tagesordnung auch ein großes Millionenprojekt hinsichtlich Dekarbonisierung in der Holding Graz beschließen, das wir nur dann auf den Weg bringen können, wenn wir den entsprechenden Betrag vorschießen, um auch in Millionenhöhe eine Unterstützung abholen zu können seitens des Bundes. Wie wir heute gehört haben, auch im Finanzausschuss hat uns der Finanzdirektor darauf hingewiesen, dass die Investitionsmittel von 150 Mio. Euro auf 118 Mio. Euro bereits ausgeschöpft oder vorreserviert sind. Das heißt, dieses Stück überzieht schon unseren Investitionstopf, von daher ist von dir ein Handeln gefordert, weil sonst ist das Stück heute umsonst beschlossen und wir werden es nicht auf den Weg bringen. Wirst du das bis zum Herbst schaffen, das zu korrigieren, oder wird nach wie vor auf weitere Einlagen zurückgegriffen werden in der Holding?

StR **Eber:**

Wie gesagt, wir sind einerseits im ständigen Austausch eigentlich mit der Holding, auch wie wir sichern können, dass diese Eigenmittelquote von, ich sage einmal, rund 20 % dauerhaft gesichert werden kann, und eine von mehreren Möglichkeiten ist natürlich, über einen Zuschuss das abzusichern. Wann dieser Zuschuss in welcher Höhe kommen wird, kann man aus derzeitiger Sicht noch nicht sagen, aber wie gesagt, was mir auch ganz wichtig ist, darauf hinzuweisen, ist natürlich, dass für 2022 inklusive 2023 es keinerlei Anlass zu Unruhe gibt. Das heißt, der Bestand ist nicht gefährdet, die Eigenmittelquote liegt auch Ende 2023 unter den derzeitig gegebenen Budgets bei über 20 % und von daher besteht kein Grund zur Sorge. Danke (*Appl.*).

**7.4 Frage 4: Sportanlagen von Schulen im Sommer für Vereine öffnen
(GR DI Ram, Grüne an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)**

GR DI Ram:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Grazerinnen und Grazer. Jetzt kommen wir von einem wirtschaftsrechtlichen Thema zu einem Thema, das vielleicht relativ einfach zu erklären ist und vielleicht auch mit wenig Mitteln zu etwas führt, das vielen Grazerinnen und Grazern etwas nützt. Wir haben eine super Situation in Graz. Turnsäle und Sportanlagen der Pflichtschulen in Graz werden während der Schulzeiten sehr gut verwendet. Sie sind gut gebucht und Vereine und Private nutzen das für verschiedenste Angebote, vielfach eben für Sport und Bewegung. Dieses Angebot bildet einen wichtigen Bestandteil der sportlichen Grundversorgung in der Stadt. Nicht so im Sommer. Im Sommer gibt es viele Schulen, die geschlossen sind, wo eine Sommersperre gilt, und damit müssen etliche Angebote über den Sommer pausiert werden. Da geht es z.B. über Angebote für Senior:innen z.B. die Brain Gym machen, Angebote für Erwachsene wie z. B. Hallenfuß- und Basketball oder auch Angebote für Kinder, wie z.B. Ninja-Parcours. Ich glaube, ich brauchen nicht wahnsinnig viel sagen, es ist jetzt schon öfter vorgekommen, wie wichtig eben Sport und Bewegung ist, vor allem in der heutigen Zeit, wo wir über das sprechen, dass nach Corona gerade die Bewegung extrem abgenommen hat, die körperliche Fülle von den Menschen durchaus zugenommen hat und wir als Stadt natürlich alles daransetzen sollten, dass wir da unterstützen, wo wir können. Es ist mir schon klar, und ich bin auch schon informiert worden, dass 18 Schulen offen sind; da haben wir aber dann immer noch fast 40, glaube ich, die geschlossen sind. Es gibt sicher auch vielfältige Gründe, wie z.B. Revisionen etc., dass manche geschlossen werden müssen für einige Zeit. Aber meine konkrete

Frage

ist:

Was können wir konkret als Stadtregierung tun, um dieses Angebot im Sommer zu erweitern?

Originaltext der Frage:

Turnsäle und Sportanlagen der Schulen in Graz sind während der Schulzeiten gut gebucht und werden von einer Vielzahl von Vereinen und Privaten genutzt. Turnsäle der Volksschulen und Mittelschulen haben den Vorteil, in jedem Bezirk vorhanden zu sein (kurze Wege) und sind leistbarer als andere Sportstätten.

Dieses wichtige Angebot bildet damit einen essenziellen Bestandteil der sportlichen Grundversorgung der Stadt. Nicht so im Sommer: in den Sommerferien ist es nicht möglich, sei es privat oder als Verein, einen Saal zu buchen. Es gilt eine sogenannte Sommersperre. Damit müssen etliche Angebote über den Sommer pausiert oder in schlecht geeignete Sportstätten verlagert werden, seien es nun Angebote für Senior:innen wie z.B. Brain Gym, Angebote für Erwachsene wie z.B. Hallenfuß- und Basketball und Angebote für Kinder wie z.B. Ninja-Parcours.

Das ist insofern von enormer Bedeutung, da, wie eine aktuelle Erhebung zeigt, Österreich bei der Anzahl der gesunden Lebensjahre deutlich unter dem EU-Schnitt liegt (viertletzter Platz unter den damals 28 EU-Staaten). Der Landesgeschäftsführer der Sportunion, Markus Pichler, kritisiert zu Recht das fehlende Bewusstsein für Sport als Mittel der Prävention. Neben den gesundheitlichen Faktoren trägt ausreichende Bewegung stark zu einer Erhöhung der individuellen Lebensqualität bei.

Gleichzeitig ermöglicht eine ausreichende Grund-Fitness die Bewältigung vieler innerstädtischer Strecken zu Fuß oder mit dem Rad und trägt damit maßgeblich zum Klimaschutz bei. Es liegt daher auf der Hand, der Bevölkerung möglichst

niederschwellig den Zugang zu öffentlichen Sportstätten zu ermöglichen. Vereine und private Initiativen für mehr Bewegung sind unabdingbar – auch im Sommer.

In diesem Sinne stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat Hohensinner, in Ihrer Funktion als Stadtsenatsreferent für Bildung namens des Grünen Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Welche Überlegungen haben Sie bzw. die Abteilung für Bildung und Integration angestellt, um den Zugang zu den Turnsälen und Sportstätten an den Grazer Volks- und Mittelschulen für Vereine auch im Sommer zu ermöglichen?

StR Hohensinner:

Lieber David, danke für deine Frage. Wir haben ja gestern schon Gelegenheit gehabt, beim IV-Empfang darüber zu reden, und du warst ja wirklich sichtlich überrascht, dass wir 18 Standorte schon offen haben. Also ich habe aus deiner Reaktion gemerkt, dass du das nicht wusstest, umso wichtiger ist, dass ich heute all jenen, die jetzt neu im Gemeinderat sind, auch diese Info gebe. Wir haben ja, ich glaube, einmal im Jahr über dieses Thema diskutiert. Und nein, 40 Schulen sind nicht geschlossen, weil wir ja auch an vielen Standorten mehrere Schulen haben, zwei bis drei Schulen oft an einem Standort. Also es sind sehr viele Standorte offen, und du hast eigentlich eh schon die Antwort in deiner Frage im Motivenbericht gegeben. Wir haben natürlich dort, wo wir nicht öffnen können, das Erfordernis, dass wir Wiesen regenerieren müssen. Gerade als grüner Gemeinderat hast du da sicherlich Verständnis dafür, dass wir den Kindern dann ab Herbst wieder eine schöne grüne Wiese bereitstellen können. Es hat aber auch andere Gründe, wir haben ganz viele Projekte, wie auch Integrationsprojekte. Der Integrationsstadtrat Krotzer weiß das, dass wir GRAGustl z.B. in einer Schule haben, die Sommerbetreuung, wir haben andere Sprachangebote von der Caritas, also da haben

wir wirklich auch Schulstandorte, wo ohnedies schon Kinder sind, die die Grünflächen nutzen und wir dort einfach für die Allgemeinheit dann nicht öffnen können. Wir haben dann darüber hinaus auch vom Bund jetzt an manchen Schulstandorten die Sommerschule, und es gibt auch Schulstandorte, wo der Vandalismus ein Thema ist und auch die Verfügbarkeit der Schulwartinnen und Schulwarte. Auf deine Frage jetzt, was wir machen können, dass wir noch mehr Schulstandorte eröffnen können, ich habe das auch deinen Vorgänger:innen, die hier gefragt haben, ich glaub, die Kollegin Wutte hat diese Frage ebenso schon einmal gestellt, wie andere, immer das Angebot gemacht, wenn irgendwo der Bedarf da ist, wo wir einfach einen weißen Fleck haben, ich prüfe wirklich jeden Schulstandort und dort, wo wir es zusammenbringen, bin ich gerne bereit, mich zu bemühen, dass wir im Sommer aufsperrern können (*Appl.*).

GR DI Ram:

Danke für die Antwort. Es gibt keine Zusatzfrage, aber einen kurzen Kommentar.

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Ja, kurz bitte, weil eigentlich haben wir nur eine Zusatzfrage.

GR DI Ram:

Also gut, ich wollte mich nur bedanken. Und vor allem, wir sollten hier eine Möglichkeit schaffen, also es geht z.B. um die Schule in Mariatrost, dass man eben nicht über den Gemeinderat da über solche Angebote dann auch informiert wird und dass wir hier Lösungen finden.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Danke, aber das dann bitte als Zusatzfrage formulieren, weil die Möglichkeit gibt es, und dann gibt es noch die Möglichkeit der Antwort. Und bitte bleiben wir bei den Zusatzfragen, weiten wir es nicht aus zu einem Kommentar (*Appl. FPÖ*).

StR **Hohensinner**:

Aber auch da ganz eine konkrete Antwort, David. Ich glaube, wenn du sagst, dass man sowas nicht über den Gemeinderat stellen muss, ich glaube, meine Handynummer ist online, ruf mich einfach an und ich werde einfach ein Möglichstes tun, ich schaue mir diesen Standort natürlich an, gerne (*Appl.*).

7.5 Frage 5: Rattenproblem (GRⁱⁿ Mag.^a Schleicher, FPÖ an StR Mag. Krotzer, KPÖ)

GRⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**:

Hoher Gemeinderat, werte Zuseher, sehr geehrter Herr Stadtrat. In meiner Frage geht es um Ratten in der Stadt. Ratten sind ja Kulturfolger; das heißt, sie sind von jeher immer dort anzutreffen gewesen, wo Menschen mit ihren Siedlungen waren, und natürlich bei uns heute im urbanen Bereich und in unserer Überflussgesellschaft, wo sie viele Lebensmittel weggeschmissen werden, sind sie auch stark vertreten. Gut, das mit dem Überfluss wird sich eh bald erledigen, wenn die komplett inkompetente Regierung nicht bald etwas gegen die Teuerungswelle unternimmt. Auf alle Fälle bin ich in den letzten Wochen von mehreren Bürgern angesprochen worden, dass sie Ratten gesichtet haben, wo es ungewöhnlich ist, weil die sind eigentlich nachtaktiv. Es werden auch immer wieder tote Ratten gefunden in Kellern, Gärten, in Parkanlagen und auch bei den Müllablagerungen, die ziehen die Tiere natürlich an. Auch im Fröbelpark wurden Kadaver gefunden und es fällt die Problematik einfach in vielen

Bezirken auf, sei es in St. Peter, aber auch im Gries, im Lend, in Gösting, und das Problem dürfte eben im gesamten Stadtgebiet vorherrschen. Ich habe auch mit einem Schädlingsbekämpfer telefoniert, der das seit Jahrzehnten eigentlich betreibt und der hat die Beobachtungen der Bürger, dass die Zahl der Ratten steigt, eigentlich bestätigt. Natürlich ist es so, dass Ratten per se auch liebenswerte Tiere sind, aber natürlich in der Masse, und wenn die Population einfach zu groß ist können sich wirklich gesundheitliche und hygienische Probleme ergeben. Und deshalb meine

Frage

an dich, Robert:

Welche Maßnahmen setzt die Stadt Graz aktuell und in Zukunft, um die Rattenproblematik im Stadtgebiet unter Kontrolle zu halten (*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Aktuell erhalten wir vermehrt Meldungen von Bürgern, die in verschiedenen Grazer Bezirken von Ratten berichten. So haben etwa Bürger in den Bezirken St. Peter und Gries darauf aufmerksam gemacht und auch ein Schädlingsbekämpfer bestätigt, dass dieses Problem momentan präsent ist.

Im Zuge zweier Bürgersprechstunden in der Idlhofgasse und Hackhergasse (Fröbelpark) bestätigten sich diese Meldungen. Im Fröbelpark fand sich ein Rattenkadaver, der mitten auf der Wiese neben dem Müllplatz lag. In der Idlhofgasse gab es Sichtungen in der Nähe der Müllablagerungen.

Außer Frage steht, dass es im städtischen Raum immer eine gewisse Rattenpopulation gibt, momentan deutet aber einiges darauf hin, dass sich diese Problematik verschärft.

Daher ergeht an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage:

Welche Maßnahmen setzt die Stadt Graz aktuell und in Zukunft, um die Rattenpopulation im Stadtgebiet unter Kontrolle zu halten?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Ich weiß nicht, welche Regierung Sie meinen, aber ich würde Sie doch bitten, das Wort inkompetent in der Fragestunde auszulassen.

StR Mag. **Krotzer:**

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, danke für die Frage. Wir haben sozusagen den gleichen Beginn, ich beginne auch mit der Feststellung, dass Ratten Kulturfolger des Menschen sind und überall zu finden sind, wo menschliche Ansiedelungen sind. Wir haben natürlich das Problem, dass Ratten und auch die auf Ratten lebenden Flöhe Zoonosen übertragen und dadurch auch Rattensichtungen meldepflichtig sind. Das Gesundheitsamt agiert, wie bei jedem anderen meldepflichtigen Schädlingsbefall, sehr wachsam und sehr umsichtig. Jetzt muss man natürlich insgesamt feststellen, eine Stadt ohne jegliche Rattenpopulation ist in der Form unmöglich. Das Gesundheitsamt verfolgt hier natürlich die Strategie der Eindämmung. Das Amt geht selbstverständlich jeder Meldung nach und ergreift in Kooperation auch mit der Abfallwirtschaft der Holding Graz geeignete Maßnahmen. Wir haben Rücksprache gehalten im Vergleichszeitraum Jänner bis Juni 2021, also letztes Jahr gab es mehr Meldungen, als das im selben Zeitraum in diesem Jahr gewesen ist. Wenn sozusagen ein Rattenvorkommen gemeldet wird, werden umfassende Maßnahmen eingeleitet. Der Erfolg der gesetzten Maßnahmen wird selbstverständlich auch überwacht und

evaluiert, und zwar so lange, bis eben bei einer verpflichteten Nachschau keine Ratten mehr festgestellt werden können. Also man kann es launig so formulieren, dass jede Rattenmeldung dann auch einen Rattenschwanz an amtlichen Maßnahmen nach sich zieht (*Gelächter im Saal*) und wir aber natürlich die Situation haben, dass dazu viele beitragen müssen. Begünstigt wird Rattenzulauf eben durch mangelnde Reinhaltung von brachliegenden Grundstücken oder auch, wie schon angesprochen, nicht ordnungsgemäße Müllentsorgung. Das sind die zwei Hauptursachen, deswegen gibt es auch die intensive Zusammenarbeit von Gesundheitsamt und Abfallwirtschaft der Holding Graz sowie eben auch mit Hausverwaltungen und Hauseigentümer:innen. Wichtig ist natürlich auch, dass diese Meldungen dann erfolgen; weil natürlich erst wenn die Meldung erfolgt, können von Amtswegen Maßnahmen ergriffen werden. Was die Stadt sonst noch macht, oder das Gesundheitsamt, ist die flächendeckende Ratteneindämmung in der städtischen Kanalisation, also es werden hier Rattenköder angekauft, die dann wieder von der Abfallwirtschaft in den Kanälen verteilt werden. Schädlingsbekämpfung obliegt laut der aktuellen Rattenverordnung zunächst den jeweils betroffenen Grund-, Haus- oder Wohnungseigentümer:innen sowie den beauftragten Hausverwaltungen. Im Regelfall schalten die dann eben Schädlingsbekämpfungsfirmen ein. Stellt sich heraus, dass der Befall größer ist, ist dann eben sozusagen das Gesundheitsamt, das hier noch dazukommt. Es gibt sehr viel zu sagen zum Thema Ratten, ich spare jetzt ein bisschen aus, ganz konkret noch einmal zu den Fällen die Sie genannt haben, Idlhofgasse und Hackhergasse: Also in der Hackhergasse beim Fröbelpark, das ist vor zwei Monaten schon von der Holding angegangen worden und ist soweit auch abgeschlossen und erledigt; Idlhofgasse, da haben wir den Kollegen Reisinger vom Gesundheitsamt gebeten, sich das noch einmal anzuschauen, wobei es hier für uns hilfreich wäre, sozusagen die Höhe zu haben oder eine Hausnummer, weil die Idlhofgasse ist lang, dann müssen wir nicht so lange suchen. Dankeschön (*Appl.*).

GRⁱⁿ Mag.^a **Schleicher:**

Danke, für die ausführliche Beantwortung. Bevor ich zur Zusatzfrage komme, ich werde meine Meinung, dass ich die Bundesregierung für inkompetent halte in Bezug auf diese Maßnahmen, wie sie der Teuerung begegnen, natürlich nicht zurücknehmen. Und die Stadtregierung werden wir an den Taten messen (*Appl.*).

Also ein Bekannter von mir war im Augarten, da hat sich ein Starkregenereignis angebahnt. Er ist im Augarten gestanden und hat auf die andere Murseite gesehen und aus einem Kanal sind hunderte Ratten geflüchtet. Er hat gesagt, es hat ausgesehen wie in einem Horrorfilm. Und eben der Schädlingsbekämpfer, der ist ja seit Jahrzehnten tätig, und der sagt auch, dass die Rattenanzahl wirklich gestiegen ist, also dass er das einfach in der Praxis merkt. Das heißt, wäre es nicht sinnvoll, nicht nur auf Meldungen zu warten, sondern einfach aktiv tätig zu werden (*Appl.*)?

StR Mag. **Krotzer:**

Danke für den Hinweis. Wie gesagt, was die Kanalisation betrifft, das Gesundheitsamt kauft hier die Rattenköder an, stellt sie der Holding zur Verfügung. Wir werden das natürlich auch noch einmal nachfragen, wie es sich beim Augarten verhält, was da aktuell der Stand ist oder ob es hier zusehen besondere Vorkommnisse gibt. Schauen wir uns gerne an.

Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (12.59 Uhr).

7.6 Frage 6: Status quo zu eTaxis – Pilotprojekt zur Dekarbonisierung der Grazer Taxiflotte
(GRⁱⁿ Reininghaus, Neos an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)

GRⁱⁿ Reininghaus:

Vielen lieben Dank. Sehr geehrter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen im Sitzungssaal und liebe Gäste zuhause. Von den Ratten komme ich jetzt doch ein bisschen zu einem anderen Thema, ist zwar auch ein schwieriges Thema, aber nicht so gruselig. In meiner Frage geht es um die Luftqualität bzw. um die Verbesserung der Luftqualität in Graz und im Großen gesehen natürlich auch um den Schutz unseres Klimas. Der Gemeinderat hat nämlich in seiner Aprilsitzung vom letzten Jahr da eine ganz tolle Geschichte genehmigt, nämlich hat dem Projekt eTaxis – Pilotprojekt zur Dekarbonisierung der Grazer Taxiflotte, dotiert mit 619.000 Euro, die Genehmigung erteilt und so läuft also seit Mai letzten Jahres ein innovatives, gutzuheißendes Projekt, das auf 48 Monate angelegt ist. Mit diesem Projekt trägt die Stadt Graz aber auch durchaus der Verpflichtung Rechnung, nämlich dem nationalen Energie- und Klimaplan der Bundesregierung, der ja bekanntermaßen am 18.12.2019 in Kraft getreten ist, Folge zu leisten. Dieser nationale Energie- und Klimaplan sieht beispielsweise natürlich unter anderem Dinge oder Maßnahmen, die Anpassung des Gelegenheitsverkehrsgesetzes, vor, wonach im Taxi- und Mietwagengewerbe neu zugelassene Kraftfahrzeuge bereits ab dem 1. Jänner 2025, das ist nicht mehr so weit, nur mehr emissionsfrei betrieben werden dürfen. Im Stadtgebiet Graz sind im Augenblick ca. 650 Taxis unterwegs, die doch immerhin jeden Tag 180.000 Kilometer zurücklegen, also insgesamt 117.000 Kilometer jeden Tag in der Stadt unterwegs sind. Und nachdem das eben viele sind, hieße alleine die Umstellung dieser Taxiflotte von fossil- eben auf energiebetriebe Antriebe ein jährliches Einsparungspotenzial von 6.167 Tonnen CO₂. Ich habe mir die Zahl angehört und habe mir gedacht, ok, was heißt das jetzt, 6.167 Tonnen? Im Vergleich dazu, nur dass man hier einen Vergleich hat, es gibt ja heute noch ein Stück zur thermischen Sanierung der Neuholdaugasse 72, 74 und 76, und da sagt man eben, da können 55.000 Tonnen des Treibhausgases CO₂ eingespart werden. Also hier 55.000 Tonnen, indem man drei Riesenwohnhäuser eben thermisch

saniert, und auf der anderen Seite 6.167 Tonnen CO₂, wenn man die Taxiflotte umstellen kann. Also im Grunde ist es wichtig und richtig für Graz, das zu tun. Jetzt haben wir uns einmal angeschaut, im April letzten Jahres gab es in Graz fünf Schnellladestationen, die von der Energie Graz betrieben werden, und insgesamt waren es letztes Jahr im April, also vor mehr als einem Jahr, 21 Ladepunkte, die exklusiv für Taxistandplätze zur Verfügung stehen. Und das Monitoring und die laufende Evaluierung unseres Projekts sagt aber, wir brauchen mindestens weitere 60 Schnellladepunkte oder alternative Lademöglichkeiten, um diese Flotte von 650 Taxis tatsächlich umstellen zu können. Da denke ich mir, das kann nur dann funktionieren, wenn die Stadt Graz hier mit einer ausreichenden und für den Taxibetrieb praktikablen Ladestationeninfrastruktur aufwarten kann. Und damit stelle ich gemäß § 16a der Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderates die

Frage:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin Schwentner, liebe Judith, das Dekarbonisierungsprojekt läuft nun seit mehr als einem Jahr. Wie viele Schnellladestationen, wir haben gehört, fünf letztes Jahr, und alternative Ladestationen wurden im Vergleich zum Vorjahr bereits umgesetzt?

Originaltext der Frage:

Der Ausschuss für Stadt- u. Grünraumplanung sowie der Ausschuss für Verkehr¹ stellten in der GR-Sitzung vom 29. April letzten Jahres den Antrag, der Gemeinderat wolle dem Projekt: „eTaxis – Pilotprojekt zur Dekarbonisierung der Grazer Taxiflotte“, dotiert mit 619.000 Euro, die Genehmigung erteilen. Mit diesem Antrag trug die Stadt Graz auch der Verpflichtung Rechnung, dem „Nationalen Energie- und Klimaplan“ der Bundesregierung, der am 18. Dezember 2019 verabschiedet wurde, Folge zu leisten.

¹ A10/BD-085394/2019-0045 + A 10/8-042137/2021/0001

Dieser sieht beispielsweise auch die Anpassung des Gelegenheitsverkehrsgesetzes vor, wonach im Taxi- und Mietwagen-Gewerbe neu zugelassene Kraftfahrzeuge ab dem 1. Jänner 2025 nur mehr emissionsfrei betrieben werden sollen.

Im Stadtgebiet von Graz sind derzeit ca. 650 Taxis unterwegs. Eine Umstellung der Taxis von fossilen Brennstoffen auf Elektroantrieb macht ein jährliches Einsparpotenzial von 6.167 Tonnen CO₂ möglich. Seit 1. Mai 2021 läuft ein innovatives Pilotprojekt zur Dekarbonisierung der Grazer Taxiflotte bis 2025. Es wurde ein Fachbeirat eingerichtet und dem Projekt wurden finanzielle Mittel und ein Zeitraum von 48 Monaten gewährt. Der Fachbeirat und die „Klimaschutz-Arbeitsgruppe“ (Stadtbaudirektion und Umweltamt) sprachen sich bereits deutlich für die Empfehlung aus, das Pilotprojekt in Graz zur vollständigen Umsetzung zu bringen.

Im April letzten Jahres gab es fünf Schnellladestationen von der „Energie Graz“, in Summe waren es 21 Ladepunkte für Taxistandplätze. Das Monitoring und die laufende Evaluierung im Zuge des Pilotbetriebs machten aber evident, dass noch weitere 60 Schnellladepunkte oder alternative Lademöglichkeiten notwendig wären, um die gesamte Flotte von 650 Taxis tatsächlich umstellen zu können.

Die geplante Umstellung bis 2025 kann demnach nur dann funktionieren, wenn die Stadt Graz mit einer ausreichenden und für den Taxibetrieb praktikablen Ladestationen-Infrastruktur aufwarten kann. Daher stelle ich gemäß § 16a der Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderats folgende

Frage:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin Schwentner,

das im Motiventext skizzierte Dekarbonisierungsprojekt läuft nun seit mehr als einem Jahr. Wie viele Schnellladestationen und alternative Ladestationen wurden im Vergleich zum Vorjahr bereits umgesetzt?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Danke für die Frage. Ja, genau, wir haben das Projekt im April 2021 beschlossen.

Übergeordnetes Projektziel ist es, durch städtische Projektfinanzierung, auch durch ergänzende Kofinanzierungen eine Möglichkeit zu geben, eine kritische Menge an eTaxis in Graz zu schaffen. Das waren die übergeordneten Zielvorgaben, nämlich Emissionsfreiheit für Taxis und Mietwagen. Das Problem wurde schon geschildert, dass nämlich beim Laden von eTaxis, also eAutos, im Unterschied zu herkömmlichen Autos man eher schneller laden muss, weil die ja laufend unterwegs sein müssen. Und da ja die herkömmlichen Autos zwei Drittel ihrer Einsatzzeit am Standplatz verbringen, nicht so die Taxis, das heißt, wir brauchen ein beschleunigtes Laden am Standplatz und eine Schnellladung, wie erwähnt. Wie in der Vorbereitung dieses Projektes, und das ist jetzt über ein Jahr her, tatsächlich ist einiges passiert, es ist nämlich zum ersten versucht worden, eine weitere Akquise von Förderungen zu bekommen, es wurden Funktionstests von innovativen Ladetechnologien probiert, ein Testbetrieb, das ist ein gemeinsames Projekt auch in Wien-Simmering, wurden erprobt. Es wurden Standorte gesucht, jetzt gibt es die Empfehlung für Lademöglichkeiten am Lendplatz und Jakominiplatz. Jakominiplatz wurde ja ausgedehnt, der tim-Knoten dort mit Ladestationen, in der Kärntner Straße ist eine Schnellladestation umgesetzt worden. Es gibt eine Ausschreibung für die Beschaffung von Ladestationen, die läuft. Es wurden Fahrzeuge umgerüstet, nämlich auf das hin. Es wurden Maßnahmen in Bewusstseinsbildung und Informationen in Richtung Unternehmen auch gesetzt. Ein Kommunikationskonzept aufgesetzt und es wird evaluiert und gemonitort, entsprechend der Projektplanung. In der ersten Demonstrationsphase werden jetzt innovative Ladetechnologien, wie das automatisierte Laden, also ohne extra Ladekabel, getestet an ausgewählten Taxistandplätzen, und es wird mit zehn eTaxis

gerade getestet und evaluiert. Zum Status quo, das läuft ja mit der GEA, Grazer Energie Agentur, das Projekt. Die Pilotphase ist wegen einer Hardwarelieferkette auf 2023 verschoben, also es gab Lieferprobleme, das war ein Risiko, das man von Anfang an sozusagen im Auge behalten muss. Die Pilotphase wird voraussichtlich im Herbst 2022 feststehen. Man wird dann versuchen, die Pilotphase zu verkürzen, damit man wirklich schnell den Demonstrationsbetrieb auch verkürzen, damit man schnell ins Tun kommt, dieser Testbetrieb in Wien-Simmering läuft und wir hoffen, dass das dann wirklich im Herbst/Winter 2022 starten kann.

GRⁱⁿ Reininghaus:

Vielen Dank für diese Ausführungen, diese sehr detaillierten. Jetzt hätte ich noch eine Frage. Also wie hoch ist denn eigentlich der Öko-Stromanteil an diesen Schnellladestationen bzw. wie könnte man jetzt das Ergebnis noch verbessern?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner:

Die nächste Frage, wo ich die Beantwortung gerne nachreiche, aber das kann ich jetzt echt nicht sagen.

7.7 Frage 7: Endbericht der Hüsler/König-Studie (GR DI Topf, ÖVP an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)

GR DI Topf:

Hohe Stadtregierung, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie und im Livestream. In meiner Frage geht es um den Endbericht der Hüsler/König-Studie. Ich darf an dich, sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, folgende Frage dann

richten: Im Verkehrsausschuss vom 23.6.2021, also vor über einem Jahr, wurde die Studie von DI Willi Hüsler und Peter König, die haben das gemeinsam gemacht, über den Straßenbahn- und S-Bahn-Ausbau im Großraum Graz vorgestellt und die nächsten Schritte unter dem Titel „Graz größer denken“ wie folgt in Aussicht gestellt.

Es sind drei Punkte angeführt worden:

Auswertung der Nachfrage-Daten, Aufzeigen des Kostenwirksamkeitsverhältnisses der Planfälle, es wurden verschiedene Planfälle dargestellt und verglichen, und Bewertung der Planfälle. Zwischenzeitlich wurde im Sonderverkehrsausschuss vom 24.5.2022 der Endbericht der Expert:innengruppe Öffentliche Verkehrssysteme, kurz ÖVS, vorgelegt, diskutiert und bezughabende Anträge von verschiedenen Seiten, auch von meiner Seite, an die Frau Bürgermeisterin gestellt. Daher möchte ich an dich, sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, folgende

Frage

stellen:

Bis zu welchem Zeitpunkt kann der Endbericht der Hüsler/König-Studie erwartet und dem Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung zur Information und Diskussion vorgelegt werden?

Originaltext der Frage:

Im Hinblick auf den schon lange angekündigten und noch immer ausstehenden Endbericht der Hüsler/König-Studie möchte ich an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin Mag.^a Judith Schwentner, folgende

Frage:

stellen:

Bis zu welchem Zeitpunkt kann der Endbericht der Hüsler/König-Studie erwartet und dem Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung zur Information und Diskussion vorgelegt werden?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Danke für die Frage. Ja, wir haben berichtet, dass die Studie läuft, die hat ja sozusagen die Bürgermeisterin, als Vorgängerin Verkehrsstadträtin, Elke Kahr in Auftrag gegeben. Betont werden muss in dem Zusammenhang, dass die Studie gemeinsam mit dem Land Steiermark erfolgt. Das heißt, wir müssen das auch irgendwie gemeinsam eintakten in der Präsentation. Ich habe jetzt erfahren, dass die Studie im September fertiggestellt wird, also wir wussten, dass sie quasi im Fertigwerden ist, im September ist es dann soweit. In erster Linie handelt es sich ja dabei um die Fragestellung, inwieweit wir die Fahrgastzahlen, was die S-Bahn betrifft, im Zentralraum Graz steigern können durch entsprechende Maßnahmen. Parallel jetzt zur öffentlichen Verkehrsstudie, wie sie vorliegt, da gibt es ja auch sozusagen eine Weichenstellung in Richtung S-Bahn-Ausbau. Wir werden, nachdem es gemeinsam beauftragt ist von der Stadt und dem Land, das dann auch gemeinsam sozusagen bekommen und vorstellen. Wir werden Herrn Hüsler nach dem Sommer einladen, sobald es fertig ist. Also wir schauen, dass wir das termingerecht und zeitgerecht mit ihm gemeinsam schaffen. Eine Vorpräsentation, also zusagen eine Zwischenevaluierung oder -präsentation, haben wir ja bekommen bei unserem Besuch in Zürich, und wir werden es natürlich dann unmittelbar, wenn er auch da ist, gemeinsam dem Ausschuss vorstellen.

GR DI **Topf**:

Danke einmal für die Beantwortung. Also im September kann man damit rechnen, dass also hier diese Studie vorgelegt wird. Und du hast ja auch das Stichwort S-Bahn genannt und deshalb die Zusatzfrage: In welcher Form wurde schon in Bezug auf die S-Bahn, wo ja die ÖBB sozusagen maßgebend miteingebunden werden müssen, auch

von der Planungsseite her, inwieweit wurde schon durch welche Seite, Land oder auch durch die Stadt Graz, Kontakt mit den ÖBB und auch mit der GKB und den Steirischen Landesbahnen aufgenommen? Denn das muss ja durchaus sozusagen in der Vorinformation erfolgen, damit man dann relativ rasch auch die entsprechenden Mittel sozusagen anfordern kann, und es muss ja auch möglicherweise im Gesamtverkehrsplan der ÖBB angedacht werden. Deshalb die Frage: Wer hat in welcher Form schon mit ÖBB, GKB und Steirischen Landesbahnen, was den S-Bahn-Ausbau betrifft, gesprochen (*Appl.*)?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Wir sind ja in einem sehr frühen Stadium der Weichenstellung des Öffentlichen Verkehrssystems für Graz. Wir haben ja erst unlängst den Expertenbericht diskutiert, der hat ja in aller Breite aufgefächert die vielen Möglichkeiten, die es gibt und gäbe. Wir haben jetzt politisch eine Weichenstellung bzw. einen Weg beschritten. Wir sind ganz am Anfang. Die Studie von Hüsler, das habe ich auch damals so beantwortet, ist für uns sozusagen eine weitere Basis dafür, gemeinsam mit dem Land sich das dann anzusehen. Wir sind im ständigen Austausch mit dem Herrn Landesrat Lang. Nächste Woche haben wir zu diesen Themen einen Termin bei ihm zu diesen und anderen Themen. Erst dann werden wir mit den ÖBB, der GKB, wo wir aber auch ständig im Austausch sind, aber jetzt noch nicht zu diesem Thema, weil das noch viel zu früh ist, natürlich dann auch Kontakt aufnehmen. Jetzt gehen wir einmal den Weg weiter und warten auf die nächste Studie, weil es dann natürlich entsprechende Entscheidungen und Beschlüsse braucht, wie wir weiterarbeiten werden, von der S-Bahn-Tunnellänge angefangen bis zu weiteren Beschlüssen.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (13.13 Uhr).

**7.8 Frage 8: Bildungs- und Betreuungssituation ukrainischer Kinder
(GR Ammerer, Grüne an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)**

GR Ammerer:

Werte Frau Vizebürgermeisterin, werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher:innen im Livestream. Lieber Kurt Hohensinner, die Stadt Graz hat im Zuge der Ukrainekrise und des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine stets versucht, ihren Beitrag zu leisten und hat viele wertvolle Beiträge geleistet, um Leute, die hierher flüchten, möglichst gut zu unterstützen. Viele der Geflüchteten aus der Ukraine sind Frauen mit Kindern, und insbesondere Kinder, die aus diesem Kriegsgebiet flüchten, haben einen hohen Bedarf an zusätzlicher Betreuung; und da geht es nicht nur um Sprachkurse, sondern auch um trauma-psychologische Betreuung und soziale Betreuung. Ihre Eltern sind gerade erst hier angekommen und brauchen auch viel Unterstützung bei der Inanspruchnahme diverser Angebote, die wir bieten, aber vor allem, wie sich immer wieder zeigt, sind Kinderbetreuung und die Bildung der Kinder ein sehr großes Thema. Im März hat die Kleine Zeitung berichtet, dass wir damit rechnen, bis zu weit über 1.000 Kinder betreuen zu müssen. Damals war noch nicht klar, wie viele Personen zu uns flüchten werden, wie viele Kinder dabei sein werden, wie lange welche bleiben. Inzwischen sind mehrere Monate vergangen, es hat sich auch die Fluchtbewegung verändert nach Graz, ist nicht mehr ganz so stark, und wir haben nicht nur Erfahrungswerte, sondern auch einen Ausblick, wie es weitergehen könnte oder wahrscheinlich wird. Deshalb stelle ich dir, lieber Kurt Hohensinner, als Bildungsstadtrat folgende

Frage:

Wie sehen deine Planungen und jene der Abteilung für Bildung und Integration aus, um allen Kindern, die aus der Ukraine flüchten mussten und nunmehr in Graz leben, einen Kindergartenplatz bzw. einen guten Start in das neue Schuljahr zu sichern (Appl.)?

Originaltext der Frage:

Die Stadt Graz reagierte bisher schon in vielerlei Form auf den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und die daraus resultierende Fluchtbewegung. Zu nennen sind hier unter anderem Angebote in Schulen und Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen, wie etwa der für Herbst angekündigte Willkommenskindergarten oder Willkommensklassen in Schulen.

Im März hieß es in Berichten, wie etwa dem der Kleinen Zeitung, dass man damit rechne, mehrere hundert bis weit über 1.000 Kinder aus der Ukraine zu betreuen. Nicht nur die anfangs schwer abzuschätzende Lage, sondern auch der Kriegsverlauf und viele Rückkehrer:innen unter den Geflüchteten machten es damals schwer, eine genaue Prognose vorzunehmen, wie viele Kinder einen Schul- oder Kindergartenplatz benötigen würden. Inzwischen sind mehrere Monate vergangen, die Sommerferien und somit auch das nächste Schuljahr stehen vor der Tür.

Ausgehend davon, dass für das kommende Schuljahr bereits vielfältige Maßnahmen in Vorbereitung sind, stelle ich daher folgende

Frage

an dich:

Wie sehen deine Planungen und jene der Abteilung für Bildung und Integration aus, um allen Kindern, die aus der Ukraine flüchten mussten und nunmehr in Graz leben, einen Kindergartenplatz bzw. einen guten Start in das neue Schuljahr zu sichern?

StR Hohensinner:

Danke, Herr Gemeinderar, für die Frage. Ich kann somit auch ein Update liefern. Ich habe, glaube ich, im vorvorigen Gemeinderat bereits eine Frage beantwortet. Wir

versuchen natürlich, alle Flüchtlingskinder im ABI zu begrüßen, zu schauen, ob es eine wohnortnahe Unterbringung gibt sowohl im Kindergartenbereich aber natürlich auch in der Schule, und das schaffen wir derzeit noch sehr gut. Ungefähr im November werden wir da auch, was den Kindergarten betrifft, an unsere Grenzen stoßen. Deswegen hat auch unsere Bildungsabteilung Vorkehrungen getroffen, danke an Günter Fürntratt (*Appl.*), der in der letzten Reihe sitzt, der ist ja auch im Krisenstab mit dabei, und versucht, vorausschauend zu planen, zu koordinieren, sich auch mit dem Land Steiermark abzusprechen. Und wir haben eben auch ab November spätestens, aber eigentlich schon ab September hätten wir dann zusätzliche Kindergartengruppen zur Verfügung, eine in der Erlengasse und zwei Am Damm, insgesamt für ca. 70 Plätze. Günter Fürntratt hat das auch abgestimmt mit dem Land Steiermark, da geht es ja darum, dass wir das Raumkonzept übernehmen können bzw. dass wir auch Pädagog:innen und Betreuer:innen haben, die auch in der Muttersprache unterstützen können und da haben wir über die AMS-Job-Messe haben wir auch sieben Kandidat:innen gefunden. In Absprache mit dem Land Steiermark wird das auch von der pädagogischen Unterstützung möglich sein. Was die Schule betrifft, hier haben wir weniger Probleme, weil wir Gott sei Dank das GRIPS-Programm haben und da füllen wir ja die neuen Schulstandorte von unten auf. Das heißt, wir haben hier noch die Kapazitäten, dass wir allen Kindern, also allen Schülerinnen und Schülern, einen Platz bereitstellen können, und ist ja für das Personal die Bildungsdirektion zuständig und da sind wir auch ganz in enger Abstimmung (*Appl.*).

GR Ammerer:

Vielen Dank für die Ausführungen. Es ist immer sehr erfreulich zu hören, dass in der Stadt Graz alles dafür getan wird, um vom Krieg betroffenen Kindern hier zu helfen. Meine Zusatzfrage lautet: Um wie viele Kinder handelt es sich insgesamt, wie viele wurden bisher, weil es sind ja viele wieder weggezogen aus Graz, und mit wie vielen Kindern in den Betreuungs- und Schuleinrichtungen rechnest du im Herbst?

StR Hohensinner:

Es wäre jetzt unseriös, eine genaue Anzahl zu sagen, aber die Zahl, die in der Kleinen Zeitung gestanden ist, die wird es nicht werden. Und wir haben Berechnungen, dass wir eben im Kindergarten bis November mit den wohnortnahen Einrichtungen durchkommen und dann müssen wir diese Zusatzeinrichtungen bereitstellen, und in der Schule haben wir derzeit überhaupt kein Problem (*Appl.*).

Ende Fragestunde: 13.18 Uhr